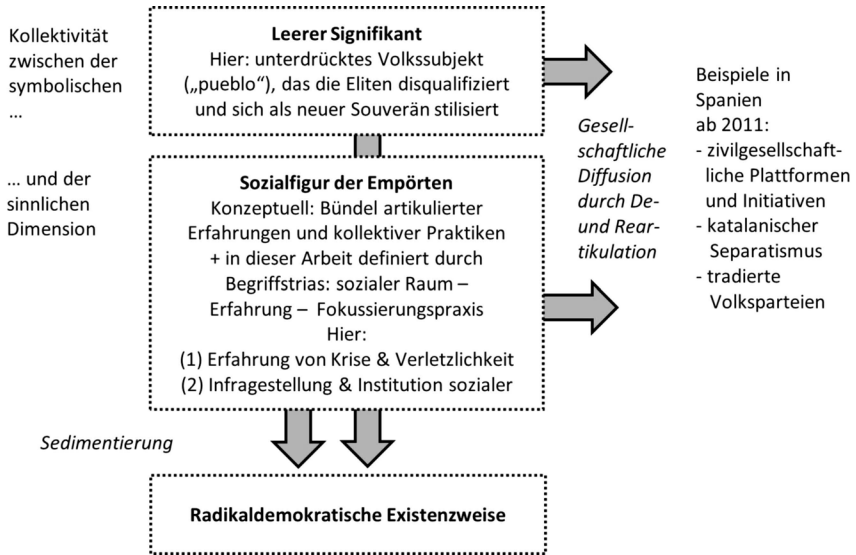


tisiert werden müssen. Selbst Podemos unterstreicht *ex negativo* durch die Spannungen zwischen Führung und Basis, dass die radikaldemokratische Existenzweise des Empörungszyklus die Institutionalisierung der jungen Partei prägt. Nur fünf Jahre nach dem Empörungsausbruch ist eine neue Existenzweise deutlich mehr als bloß ein abstraktes Versprechen geworden.

Das Schema synthetisiert die Ausführungen zum Kollektivitätsverständnis:

Abb. 32: Der Kollektivitätsbegriff einer erweiterten Hegemonietheorie in der Gesamtschau



1.3 Versammelt zu einer neuen Kultur

Diese Untersuchung sieht in den Protesten der Indignados mehr als nur begrenzte Mobilisierungen, die für einen kurzen historischen Moment aufflackern, um dann wieder rasch zu vergehen. Zweifelsohne sind die Platzbesetzungen im Frühling 2011 von kurzer Dauer. Und dennoch sollen sie das moderne Spanien derart gründlich verändern wie zuletzt die Transition vom Franquismus zur Demokratie. Der rote Faden meiner Ausführungen besteht darin, mittels einer dichten Beschreibung zu schildern, wie die Artikulationspraktiken der Empörung eine neue Gegenhegemonie entstehen lassen. Diese Gegenhegemonie entwirft eine neue soziale Ordnung. Der Empörungsdiskurs von 2011 und den Folgejahren und die mit ihm einhergehende symbolische und sinnliche Kollektivität definieren ein neues Spanien.

Was dieses Resümee erst indirekt anreißt, ist der Fokus auf die Entfaltung der jungen Gegenhegemonie in *Raum und Zeit*. Das seit langem beklagte institutionentheoretische Defizit von Laclau/Mouffe im Besonderen und der postfundamentalistischen Theorie des Politischen im Allgemeinen (vgl. Stäheli/Hammer 2016: 90f., Herrmann/Flatscher 2020: 17ff.) lässt sich auch als Symptom einer tieferliegenden Geschichtsvergessenheit greifen. Ganz anders als Gramsci, der die Artikulation von Hegemonien

und Gegenhegemonien in der *longue durée* betrachtet und in seiner Charakterisierung des süditalienischen Katholizismus genauso wie des Marxismus diese als organische Ideologien, buchstäblich als Kulturen rekonstruiert (Kap. I.2.b), droht bei Laclau/Mouffe – und den mit ihnen verwandten Ansätzen – die Bewegung des Politischen auf einen eigentümlich strukturlosen Antagonismus reduziert. Dies ist deshalb bedauerenswert, weil die postfundamentalistische Aufmerksamkeit für die Pendelbewegung zwischen Kontingenz und Ordnung oder, hegemonietheoretisch gewendet, zwischen den Momenten des Politischen und des Sozialen, eigentlich gerade zu einem Denken der *Historizität* der Gesellschaft verpflichtet (Kap. I.2.a).

Solch eine historisierte Analyse versucht diese Studie einzulösen. Was die Gegenhegemonie der Empörung auszeichnet, ist weder die Artikulation eines in Signifikanten wie *pueblo* oder *gente* kristallisierten Volkssubjekts noch die politisierende Leistung des Antagonismus per se. Diese Momente sind relevant, sie fügen sich aber ein in eine umfassendere Bewegung. Ihre fundamentale Säule ist eine nur scheinbar simple Institution: die *Versammlung*. Sie, die *Asamblea*, lese ich als das zentrale Phänomen des breiten Wandlungsprozesses, der Spanien seit 2011 prägt. Die Tatsache, dass ich Versammlungen als verdichtende Passagenpunkte konzeptualisiere und damit ihre Rolle als materialisierte und symbolisierbare Knotenpunkte hochhalte, weist bereits begrifflich auf meine Kernthese hin: Versammlungen sind *der* strukturierende Faktor der von mir analysierten Phänomene. Woche für Woche, teils auch mehrmals pro Woche oder täglich kommen dutzende, zuweilen hunderte oder gar tausende Menschen physisch an einem Ort zusammen. Stehend oder sitzend bilden sie einen Kreis, um dann meist entlang einer definierten Tagesordnung stundenlang zu diskutieren, zu deliberieren und gemeinsame Entscheidungen zu treffen, die die Verhaltensweisen der Versammelten auch über die Sitzung hinaus anleitet und koordiniert. Die Versammlungen, die über den gesamten Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2016 auftreten, regulieren die Praktiken der Empörung.

Das Phänomen der Versammlung erfährt mit dem Protestausbruch von 2011 eine eindruckliche *Reaktivierung*. Die Tatsache, dass sich die Campierenden in Madrid, Barcelona und dutzenden anderen Städten dafür entscheiden, sich durch Versammlungen zu konstituieren, ist keine zufällige Entscheidung, sondern folgt aus den Verbindungslinien zur globalisierungskritischen Bewegung der 1990er und Nullerjahre (vgl. Nuño de la Rosa García 2015: 166ff.), zur seit den 1980er Jahren aktiven Hausbesetzerbewegung (vgl. Martínez López/García Bernandós 2013) oder sogar zu den Oppositionsbewegungen gegen den Franquismus in den 1970er Jahren (vgl. Razquín 2015). In all diesen Fällen bestehen thematische und personelle Überschneidungen. Denn die Indignados bestehen zu großen Teilen aus (ehemaligen) Aktivistinnen dieser Vorgängerbewegungen. Auf selbstverständliche Weise werden die Platzbesetzungen in eine Kontinuitätslinie mit spanischen, aber zugleich globalen Protestereignissen gestellt. Auch wenn sich diese Arbeit auf den iberischen Kontext konzentrierte, ist doch unübersehbar, dass die spanischen Indignados durch die Ereignisse des Arabischen Frühlings angetrieben werden, dass sie in den ägyptischen, tunesischen und lybischen Revolutionen, die ebenfalls mit Platzbesetzungen begannen, ein konkretes, historisch gleichzeitiges Vorbild erkennen (vgl. Shihade et al. 2012: 5ff.). In diesem Sinne hypostasieren viele der Indignados die Platzbesetzungen

im Frühling 2011 zu einem umwälzenden Ereignis, das die illustre Revolutionsdatenreihe von 1848, 1871, 1917, 1968 oder 1989 fortschreibt.⁷

Doch Umbrüche werden nicht nur ausgerufen, sie müssen gemacht werden. Die historischen und globalen Vorbilder legitimieren eine kollektive Praxis, die gleichermaßen *Mittel und Zweck* des Wandlungsanspruches ist. Über die Frage, ob und wie die Plätze besetzt und wann die Camps wieder abgebrochen werden sollen, wird nicht nur auf der Plaça Catalunya in Barcelona immer wieder heftig gestritten. Allerdings gibt es weder dort noch irgendwo sonst eine Debatte darüber, *wer* über diese Fragen entscheidet. Vom ersten Tag an wird die Versammlung zur maßgebenden Institution, in der die Campierenden – und viele Außenstehende – zusammentreffen, debattieren und entscheiden. Von Anbeginn ist die basisdemokratische Versammlung nicht bloß auf den Plätzen präsent, sie ist das strukturierende Phänomen der Protestcamps. Auf deren Höhepunkt, in der Woche vom 20. bis zum 26. Mai 2011, hat die Versammlung auf der Plaça Catalunya eine beachtenswerte Ausarbeitung erfahren. Binnen weniger Tage hat sich eine professionalisierte Protokollführung herausgebildet. Es bestehen ausgefeilte und auf Inklusivität bedachte Diskussionsverfahren oder Debattenräume auf dem ganzen Platz (das Tahrir-, Island- und Palästina-Forum). Nicht zuletzt wird die Versamlungsform auf Ebene der Kommissionen und Arbeitsgruppen repliziert (dazu: Kap. III.3). Dies alles zeigt, dass sich die Indignados im emphatischen Sinne als eine versammlungsförmige Bewegung konstituieren. So schwer es ist, sie ideologisch auf einen Nenner zu bringen, so leicht fällt es, die kollektive Praxis des Sich-Versammelns als das Kennzeichen der Indignados auszumachen.

Diese Versammlungsförmigkeit ist nicht nur ein Zeichen der Stärke, sondern auch eines der *Schwäche*. In der Geschichte des modernen Spaniens haben sich zwar soziale Bewegungen sehr oft durch basisdemokratische Versammlungen organisiert. Doch selbst in der Massenbewegung des Anarchismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert blieb das Sich-Versammeln nur ein meist durch charismatische Führungspersonen überschattetes Element einer breiteren Gegenkultur. Sie reproduzierte sich als geteilte Lebenswelt bei der Arbeit, in den Wohnverhältnissen, in gemeinsamen Freizeitaktivitäten (z. B. Musik, Lektüre, Wandern) oder in einer geteilten Gegenöffentlichkeit von Pamphleten, Broschüren und Zeitungen (vgl. Termes 2011: 106–131, Ealham 2010: 45ff.). Diese kulturelle Kohäsion fällt bei den Indignados weg. Menschen mit verschiedenen Hintergründen – manche mit starker politischer Sozialisation, viele mit überhaupt keiner – treffen Mitte 2011 zusammen. »Einige von uns sind progressiv, andere konservativ. Einige sind gläubig, andere nicht [...]« – das Gründungsmanifest von *Democracia Real Ya* unterstreicht glasklar die Heterogenität der neuen Wir-Identität. Der Zusammenhalt der auf den Plätzen Versammelten reicht gerade so weit, dass sie Versammlungen als ihre verbindende Praxisform einrichten. Mit der Versammlung schreibt man Spaniens Tradition radikaldemokratischer Bewegungen fort, mit ihr findet man jedoch gleichzeitig – dieser pragmatische Gesichtspunkt dürfte im Mai 2011 ausschlaggebend gewesen sein

7 Teils geschieht dies explizit, etwa wenn ein Alt-68er euphorisch den Aufstand der »jungen Generation« begrüßt, eine Ägypterin die spanischen Proteste mit der ägyptischen Revolution vergleicht oder internationale und nationale Bewegungen sich mit den Indignados als ihresgleichen solidarisieren (siehe: Kap. III.3).

– überhaupt erst zum Funktionsprinzip, das aus einer heterogenen Menge ein geeintes Kollektiv schaffen kann.

Erst diese Heterogenität der Indignados und, damit einhergehend, die Breite der auf den Plätzen artikulierten Diskursstränge machen verständlich, warum die Versammlung zum verdichtenden Passagenpunkt der Proteste aufsteigt. Dafür ist es hilfreich, sich die räumliche Grundstruktur des Sich-Versammelns vor Augen zu halten. Menschen stehen oder sitzen im Kreis, jede und jeder ist stets nur zeitweilig eine Sprecherin oder ein Moderator, die Besetzung rotiert meistens von Sitzung zu Sitzung.⁸ Das Publikum ist seinerseits aktiv, jede kann sich jederzeit zu Wort melden und an der Debatte teilnehmen. Die Sitzungen werden protokolliert, womit sie an Transparenz gewinnen und auch für Abwesende rekonstruierbar werden. Die Asamblea ist ein Kreis *ohne festes Zentrum*, in dem jede und jeder das Zentrum sein könnte. Dieses schlichte räumliche Dispositiv führt mitten in die Frage hinein, wie die Praxis des Sich-Versammelns zum Pfeiler einer neuen Gegenhegemonie avanciert. Das, wonach sich im Jahr 2011 so viele sehnen, eine kollektive Machtausübung, scheint in und durch die Versammlung realisierbar zu werden.

Der Aufstieg der Asamblea zum demokratischen Ermächtigungsvehikel lässt sich nicht ohne die Krise verstehen, in der sich Spaniens Ordnung befindet. Die seit 2008 grassierende Wirtschaftskrise betrifft nicht (mehr) nur Milieus an den gesellschaftlichen Rändern, sondern die sozioökonomische Mitte. Das Ideal einer Mittelschichtsgesellschaft, das in den 1970er und 1980er Jahren vorherrschend wurde, gerät in eine Krise. Diese wird hervorgerufen durch eben jene Politiken der Liberalisierung und des industriellen Abbaus, die das moderne Spanien schufen, sowie durch die zunehmende Abhängigkeit von der Finanz- und Immobilienbranche und eines Dienstleistungssektors, der durch niedrige Löhne und Zeitarbeit geprägt ist (vgl. López/Rodríguez 2010: 21ff.). Das Kabinett des Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero reagiert auf Arbeitslosenraten von weit über 20 Prozent und die grassierende Prekarität der Beschäftigungsverhältnisse mit einem harschen Austeritätsprogramm – womit die Wirtschaftskrise erst zu der »großen Rezession« wird, als die sie seither in Spanien bekannt ist. Auf diese Weise breitet sich zu Beginn der 2010er Jahre eine Legitimitätskrise aus, welche die Vorherrschaft der Kultur der Transition in ihrer Gesamtheit in Frage stellt. Was im Rekurs auf Popitz als Basislegitimität, als »Ordnungswert der Ordnung« bezeichnet wurde (Kap. VI.4), erodiert. Wie lassen sich die einst so mächtigen Versprechen von Stabilität, generalisiertem Wohlstand und sozialem Aufstieg im krisengezeichneten Spanien aufrechterhalten? Das politische System hat darauf keine Antwort parat. Mehr noch, die politischen Repräsentanten – so gut wie aller Volksparteien – werden durch die sich häufenden Korruptionsskandale zusätzlich delegitimiert (Kap. V.1.b), was umso schwerer wiegt, als sich die Politik im postfranquistischen Spanien gerade durch ihre Tugendhaftigkeit definierte.

Auf diese Legitimitätskrise bieten die basisdemokratischen Asambleas auf den Plätzen eine simple, aber attraktive Antwort. In und durch die Tätigkeit des Sich-Versammelns können wir uns gemeinsam die soziale Ordnung wiederaneignen, so lautet das

8 In den Versammlungen gibt es zwar Asymmetrien, sie werden aber eingedämmt und verdeckt (Kap. IV.3.a).

Leitmotiv. Wenn das einfache kreisförmige Dispositiv der Versammlung eines auszeichnet, dann dass es potentiell alle einbindet, um, mit Hannah Arendt (2007: 252) gesprochen, im Durchgang durch die gemeinsame Praxis eine Macht auszuüben, welche die Versammelten als Souverän erscheinen lässt. Dieses Postulat ist ohne jeden Zweifel idealisierend, es trifft aber dennoch einen für das Verständnis der Empörtenproteste entscheidenden Punkt: Die Identität derer, die auf den Plätzen als Krisenverlierer, als verletzte und wütende Einzelsubjekte zusammentreffen, verschiebt sich in den Versammlungen. Die politische Subjektivierung vom Opfer zur ermächtigten Aktivistin, die sich bei der PAH in aller Deutlichkeit deutlich ablesen ließ, durchzieht faktisch die Asambleas in ihrer Gänze. Man könnte davon sprechen, dass die Versammlungspraxis darauf abzielt, eine politische Agency von unten *zurückzuerobern*, die erst in der Kultur der Transition passiviert wurde und dann mit der akuten Wirtschaftskrise von 2008 und der Folgejahre – zunächst – ganz verstummte.

In diesem Sinne birgt das Verständnis von Versammlungen als verdichtende Passagenpunkte eine doppelte Bedeutung. Zunächst betont der Begriff des Passagenpunktes *nach innen*, dass in den Asambleas subjektivierende Prozesse ablaufen, die meistens dem triadischen Muster von Ablösung der alten Subjektivität – Schwebephase – Aneignung der neuen Subjektivität folgen, wie es sich im Anschluss an Turner ethnographisch herausarbeiten lässt (Kap. IV.5). Die Versammlungen entpuppen sich als Orte demokratischer Sozialisations- und Lernprozesse, wie sie nicht nur im modernen Spanien rar bleiben. Es ist kein Zufall, dass die Asambleas, die sich nach 2011 auf Quartiersebene in Barcelona konsolidieren, eine alte Einrichtung der Arbeiterbewegung wiederbeleben: die *Ateneus populars*. Mit dem *Ateneu L'Engranatge* und dem *Ateneu Popular Sant Martí* richten die in Kapitel IV untersuchten Versammlungen von La Marina und Sant Martí feste Lokale ein. In diesen physischen Räumen halten sie ihre Versammlungen ab, in diesen Lokalen können aber auch nahestehende Bewegungen, Vereine oder linke Parteien tagen, werden Filme gezeigt, Vorträge oder Volksküchen organisiert, kleine Ausleihbibliotheken eingerichtet, wird sogar, im Fall von La Marina, günstiger Nachhilfeunterricht für Schüler angeboten. Diese Empörtenversammlungen versuchen dadurch genau das, was in Spanien seit der Transition verschiedenste soziale Bewegungen – vom linksradikalen Separatismus in Katalonien und dem Baskenland über bis hin zur Hausbesetzerbewegung – anstreben: die Wiederbelebung einer stabilen gegenhegemonialen Kultur, in der Existenzweisen sedimentieren. Wo die Asambleas zeitlich und räumlich stabil werden, da subjektivieren sie die Beteiligten mit Artikulationspraktiken, die mehr als nur politisch sind, so lässt es sich pointieren.

Dies führt zur *nach außen* gerichteten Seite des Passagenpunktes. Die Versammlungen sind, im kleinen wie im großen Maßstab, die materialisierten und symbolisierbaren Knotenpunkte des Empörungsdiskurses. Ihre strukturierende Funktion hat zunächst den schlichten logistischen Grund, dass die Versammlungen als Koordinationsorgan der Indignados fungieren. Ihr Widerstand gegen jedwede Formen der institutionalisierten Repräsentation führt dazu, dass die Leitung nicht – nicht einmal temporär – Einzelpersonen zufällt, sondern dem Kollektiv. In Versammlungen wird nicht nur deliberiert, es werden auch bindende Entscheidungen getroffen, ob über die Verabschiedung eines Forderungskataloges, das Abbruchdatum des Zeltlagers, die Durchführung bestimmter Aktionen oder zur Frage, ob und wie mit gewissen Vereinen oder politischen Parteien

zu kooperieren sei. Diese formal gesehen horizontale Entscheidungspraxis muss ständig wiederholt und neu austariert werden, immer aufs Neue sind interne Konflikte auszutragen und Konsense neu herzustellen. Und gerade in dieser mühseligen Versammlungspraxis liegt ihr *präfiguratives* Moment. Die Versammlung spielt, mit Viviana Asara (2018: 5) gesagt, für die Indignados die Funktion einer Synekdoche, »[for] it contains the element it is representing. [...] Prefiguration involves an action which is itself a model for the change one wishes to bring about.« Anders gewendet: Die Versammlung ist deshalb ein Passagenpunkt für die Gegenhegemonie der Empörung, weil sie nicht nur deren Organisationsmittel ist, sondern sich in ihr ein utopischer Gesellschaftsentwurf verwirklicht.

Dass sich in den Versammlungen der Anspruch auf Demokratisierung präfigurativ verdichtet, hängt maßgeblich damit zusammen, dass sie sich nicht in der antagonistischen Grenzziehung gegenüber den »Eliten« erschöpfen, sondern in ihnen *Solidaritätsverhältnisse* praktiziert werden. Die Praxis des Teilens von Verletzungserfahrungen gemeinsam mit ihrer politischen Artikulation (etwa das Einfordern einer verbesserten Infrastruktur für das Quartier), das oftmals mühselige Erlernen einer basisdemokratischen Deliberationspraxis und, auf einer ganz basalen Ebene, die kooperative Organisation der Aufgaben, die rund um die Asamblea anfallen, lassen einen sozialen Raum entstehen, der sich grundsätzlich von der hegemonialen Ordnung unterscheidet. Explizit wird in den Versammlungen mit den Paradigmen des Individualisierung, des vornehmlich ökonomischen Liberalismus und der politisch entmachteten Zivilgesellschaft gebrochen, welche die Kultur der Transition auf Dauer stellte. Das solidarische Moment in den Asambleas ist deshalb so stark, weil dort, mit Eriksen (vgl. 1995: 427) gesagt, Interdependenz und Kohäsion nicht nur gefordert, sondern als eine soziale Realität *erfahrbar* werden. Diese gelebte Solidarität ist in keiner Weise rein. Sie wird durch Machtverhältnisse durchzogen, ist geradezu auf eine Asymmetrie zwischen Publikum und Protagonisten angewiesen. Doch die normierende Macht der Asambleas gerinnt nicht zur Herrschaft. Jede und jeder kann politische Subjektivierungsprozesse durchlaufen, um sich an deren Ende als wertvoller Teil eines gemeinsam ermächtigten Kollektivs wiederzufinden. Die stetig ablaufenden Fokussierungspraktiken machen für alle erfahrbar, dass jede Teilnahme an einer Debatte oder Aktion zur performativen Ausbildung einer demokratischen Handlungsmacht führen kann.

Diese Untersuchung will *nicht* auf demokratiethoretischem Terrain erkunden, inwiefern das Modell einer Rätedemokratie, wie es ein großer Diskursstrang der Empörtenproteste hochhält, normativ wünschenswert ist (dazu Lorey 2020, Rodríguez 2018). Vielmehr wurde empirisch rekonstruiert, dass die »Versammlung« zur Chiffre für eine Demokratisierung der spanischen Gesellschaft avanciert. Wenn der Podemos-Strategie Errejón (2015a: 28) meint, dass die neugeschaffene »Institutionalität« der basisdemokratischen Versammlungen *nicht* für den politischen Wandel Spaniens entscheidend sei, so ist dies eine gravierende Fehleinschätzung, und zwar nicht nur analytisch, sondern vor allem politisch. Wie schon rekapituliert, misslingt die Artikulation von Podemos zur neuen linken Volkspartei nicht zuletzt deshalb, weil sie intern zerrieben wird von der Spannung zwischen den basisdemokratischen Organisationsformen, die ihre Basis favorisiert, und der oligarchischen Tendenz, die ihre Führung forciert. Am Ende des Untersuchungszeitraumes, im Frühjahr 2016, steht Podemos zwar noch immer demosko-

pisch als wichtige Partei dar. Doch schon ab Mitte 2015 und verstärkt 2016 geschieht das, was Kritikerinnen als operative wie personelle »Entleerung« der círculos bedauern (Valla Política 2016, vgl. auch: el Diario Vasco 2015, el Confidencial 2015).

Diese Spannungen sind mehr als ein parteiinternes Problem, sie verweisen auf einen strukturellen Widerspruch, der die Gegenhegemonie der Empörung in ihrer Gänze durchzieht. Selbst wenn die ehemaligen Führungskräfte Iglesias und Errejón rückblickend bedauern, ihren Kurs eines beschleunigten Parteaufbaus ohne gebührende Rücksicht auf die interne Demokratie vorangetrieben zu haben,⁹ so ist doch festzuhalten: Der (zu) ambitionierte Anspruch des frühen Podemos war weder zufällig noch willkürlich, sondern damals durchaus in sich stringent. Die Strategie, eine neue Partei zu gründen, die sich in einem beschleunigten Wahlzyklus zur mehrheitsfähigen Alternative aufschwingt, quasi im Zeitraffer zu einer neuen Volkspartei wird, präsentierte vor allem in den Jahren 2014 und 2015 eine Antwort auf eine akute Herausforderung, welche die Empörtenproteste offen gelassen hatten. Es war die Frage der Macht.

Eine Gegenkultur auf dem Weg zur Macht? Fast schon wie bei Arendts Begriff des Handelns (vgl. 2007: 261) droht in vielen der Empörtenversammlungen die Deliberationspraxis ein »Selbstzweck« zu bleiben, die »kein Endresultat außerhalb ihrer selbst [hinterlässt]«. In den Asambleas symbolisiert und materialisiert sich eine demokratischere Gesellschaft. Doch was Hunderttausende auf die Straße und in die Versammlungen treibt, ist eben auch das Versprechen auf eine demokratische Wiederaneignung der sozialen Ordnung als Ganzes. Erst das ekstatische Ereignis der Platzbesetzungen von 2011 und dann die bis 2013 dauernde Mobilisierungswelle, an der sich mehr als vier Millionen Menschen beteiligen, schüren die Hoffnung auf Veränderungen im politischen System und bei den politischen Entscheidungen (vgl. Portos 2019). Doch die Responsivität der institutionellen Politik bleibt aus. »Wenn die Indignados einen bestimmten Gesellschaftsentwurf vorbringen möchten, sollten sie am Spiel der Repräsentation teilnehmen«, meint im Mai 2013 María Dolores de Cospedal, Generalsekretärin der seit Ende 2011 regierenden konservativen Volkspartei PP.

Solche halbironischen Bemerkungen verweisen auf einen Grundwiderspruch. Die demokratische Souveränität, wie sie 2011 und in den Folgejahren inszeniert wird, bleibt unvollständig, wenn sie nicht begleitet wird von einer Veränderung der politisch repräsentierten Volkssouveränität. Und diese bleibt unbeweglich. Der doppelte Auslöser, der die Proteste provoziert, die Wirtschaftskrise und deren politische Verwaltung im Zeichen der Austerität, spitzt sich in den Jahren nach 2011 weiter zu. Die PP-Regierung unter Mariano Rajoy führt mit ihrer Äquivalenzkette Modernisierung = Austerität = Europäisierung zu einer brachialen Volte der Kultur der Transition, die die Leidenserfahrungen vieler Spanierinnen übergeht (Kap. V.1.b). Diese geronnene Hegemonie im politischen System versuchen Podemos und die parallel zu dieser Partei entstehenden linksal-

9 So bedauert Errejón im Frühjahr 2021 im Rückblick explizit, Podemos nicht auf langsamere, dialogorientierte und weniger hochmütige Art geführt zu haben (vgl. RTVE 2021). Auch Iglesias reflektiert immer wieder selbstkritisch die internen Zerwürfnisse, die bei Podemos jene allzu machtorientierte Politik ergeben hat, die auch er als Parteivorsitzender maßgeblich angetrieben hatte (vgl. Público 2019).

ternativen Wählerplattformen (*Barcelona en Comú, Ahora Madrid, Marea Atlántica* etc.) aufzubrechen, indem sie sich als Signifikanten der Empörung, mehr noch, als Signifikanten eines neuen Volkes anbieten. So disruptiv und populistisch diese Geste wirkt, sie bleibt im Grunde eine Wiederholung dessen, was in den Jahren zuvor auf Straßen, Plätzen und Versammlungen hochgehalten wurde – jetzt allerdings *im* politischen System.

Die Wiederholung verfährt. Ein Teil der 2014 und 2015 noch bestehenden Empörtenversammlungen steht dem neuen parteipolitischen Linkspopulismus zwar grundsätzlich skeptisch gegenüber. In dieser Studie ist die *Asamblea Sant Martí* sinnbildlich für eine institutionenfeindliche Haltung, die jede Partei und Regierung, teils linke noch stärker als rechte, ablehnt. Diese anarchistisch oder, bei dieser *Asamblea*, marxistisch übercodierte »Staatsphobie« (Marchart 2020: 169f.) ist für viele der Vorgängerbewegungen der *Indignados* typisch. Für diese selbst trifft das überwiegend aber nicht zu. Die Empörtengruppen pflegen eher eine *kritische Kooperation* und Begleitung der neuen Parteien und linken Kommunalregierungen, wie sie bei der PAH Barcelona oder der *Asamblea La Marina* aufschien. Die Differenzen zwischen dem politischen System und der Zivilgesellschaft werden betont, doch sie bleiben *poröse Grenzen*. Denn die neuen Parteien geben sich versammlungsförmige Strukturen, rekrutieren sich oftmals personell aus ehemaligen Aktivistinnen, exemplarisch Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau, und reartikulieren mit ihrer Austeritätskritik, ihren Umverteilungsplänen und Partizipationsprogrammen sensibel den Empörungsdiskurs. »Von der Straße in die Institutionen«, dieses Motiv wird in Spanien ab 2014 zur politischen Realität (Ara 2015). Das erinnert an die »bewegungsinduzierte« Gründung der Partei »Die Grünen« in der BRD ab den späten 1970er Jahren (Hutter et al. 2019: 171), allerdings unter beschleunigten Bedingungen und mit weit größerer Reichweite.

In der Tat lässt sich die politische Konstellation, die 2014 und 2015 in Spanien entsteht, als eine *gegenhegemoniale Zangenbewegung* verstehen. Der *kulturelle Wandel*, den die *Indignados* im Mai 2011 in Gang setzten, schreibt sich fort als ein *institutioneller Wandel*, der die Repräsentationsverhältnisse und teils auch Entscheidungen des politischen Systems verschiebt. Wie die hohen Unterstützungsraten und die überraschend guten Wahlergebnisse bestätigen, werden die neuen Parteien als Teil eines umfassenderen Wandlungsprozesses gelesen, sie vervollständigen nachholend die doppelte Bewegung von Infragestellung und Neugründung der Ordnung, wie sie die *Indignados* forcierten. Dass Podemos explizit von einem neuen Gründungsprozess (*proceso constituyente*) für Spanien spricht und die geltende Verfassung als »Regime von 78« disqualifiziert, aktualisiert und formalisiert den Empörungsdiskurs. Letzterer wird durch seine Verkörperung in den medialen Führungsfiguren Iglesias, Errejón und Co. zum einen auf Dauer gestellt und er erhält zum anderen – bei zeitweiligen Umfragewerten um 30 Prozent – ein systemisches Veränderungspotential, das er 2011 noch entbehrte.

Die Gegensätze von Horizontalität/Vertikalität, Bewegung/Partei und Autonomie/Hegemonie, mit der die Forschung gemeinhin die Unterschiede zwischen den basisdemokratischen Praktiken der *Indignados* und der zur Hierarchie tendierenden Partei Podemos markiert, dürfen nicht unterschätzt, sie dürfen aber auch nicht überschätzt werden. Denn in seiner Hochzeit (Mitte 2014 bis Ende 2015) artikuliert sich bei Podemos die für den gesamten Mobilisierungszyklus zentrale Ambition von Mehrheitsanspruch, ja von Mehrheitsfähigkeit. Für einen kurzen historischen Augenblick scheint die Par-

tei *das Instrument*, das eine grundsätzliche Veränderung Spaniens verwirklichen könnte, das mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie instituieren könnte. Podemos reaktiviert das im Entstehen begriffene »Volk«, das auf den Straßen protestierte und sich auf den Plätzen versammelte und aktualisiert dessen Ambition auf Souveränität. Dieser Populismus ist deshalb demokratisch, weil, mit Kolja Möller (2017: 262) gesprochen, das durch Podemos artikulierte Volk all jene vereinigt, »die unter dem Machtblock leiden, aber nicht auf dem Versammlungsort erscheinen können«.

Wie immer wieder betont, erweitere ich die Hegemonietheorie, indem ich in sie eine soziologische Perspektive einführe. Für den Fall Spanien folgt daraus: Die performative Wirkmächtigkeit des parteizentrierten Linkspopulismus ist zu relativieren und seine *Einbettung* in die Gegenhegemonie der Empörung zu betonen. In meiner Leseart erklärt sich der Aufstieg von Podemos maßgeblich dadurch, dass die Partei getragen wird von einer rapide sedimentierenden Kultur, die in den Jahren 2011 bis 2016 (noch) deutlich *expansiv* ist. Podemos treibt diese Topographie zeitweilig an, die Partei schreibt sich aber auch in sie ein, um von ihr getragen zu werden. Diese gegenhegemoniale Landschaft hat eine wichtige *räumliche* Schlagseite. Das Netzwerk von Empörtenversammlungen sowie der mit ihnen verwandten Plattformen, Gruppen und Vereinen mag mit Blick auf die Ethnographie in Barcelona prekär scheinen, es führt aber in seiner Melange mit bestehenden Bewegungen gerade in größeren Städten zu dem, was Viviana Asara und Giorgos Kallis (2018) mit Blick auf Barcelona als »präfigurative Territorien« bezeichnen. Plattformen wie die Mieterinnengewerkschaft oder die der Hypothekbetroffenen, *Ateneus popolars*, Initiativen des *Urban Gardening*, alternative Wohnprojekte oder Genossenschaften konstituieren die Gegenhegemonie der Empörung als eine experimentelle Vergemeinschaftungsform. In ihr werden Praktiken des Commoning, der nicht (nur) profitorientierten, sondern vornehmlich solidarischen Produktion, Tausch und Aneignung von Wirtschaftsgütern auf Dauer gestellt. Die Hervorbringung eines gegenhegemonialen Raumes, der sich in gewissen Quartieren wie ein dichtes Netzwerk ausbreitet, ist in den Jahren nach 2011 besonders in Barcelona und Madrid deutlich ausgeprägter und dynamischer als zuvor.¹⁰

Die Kultur der Empörung besitzt neben der räumlichen eine *mediale* Topographie. Obschon dies nicht zu den Schwerpunkten der hiesigen Studien gehört, konstituiert sich das Diskursgefüge der Empörung als eine Infrastruktur, welche die Versammlungen vor Ort ergänzt durch Social-Media-Kanäle, Websites und Open-Source-Plattformen.¹¹ Die Verbindungen dieser medialen Infrastruktur zur holistischen Hegemonieanalyse dieser Arbeit müssten in zukünftigen Forschungen genauso präzisiert werden wie die Frage, wie sich die Subjektivierungsprozesse hin zur »ermächtigten Bürgerin« sowohl in einer verkörperten Praxis als auch in einer veränderten, da aktivierenden Mediennutzung

10 So wachsen die in Barcelona ansässigen Genossenschaften exponentiell an. Sie generieren im Jahr 2017 sieben Prozent des Bruttosozialproduktes und acht Prozent der Beschäftigten (vgl. Ajuntament Barcelona 2018).

11 Die an der Universitat Oberta de Catalunya (UOC) ansässige Forschungsgruppe *tecnopolítica.net* hat ihren Schwerpunkt auf die Erforschung der medialen Netzwerke der Indignados gelegt. Siehe zu ihren Studien die gleichnamige Website, besonders Arnau Monterde (2015) und Antonio Calleja-López (2017). Das Wiki-Tool *15mpania.org* bietet eine interessante und bis heute (Stand: Juli 2021) aktualisierte Open-Source-Enzyklopädie der Indignados.

niederschlägt. Diese Verflechtung geschieht bei den Indignados oder bei Plattformen wie der PAH, wo das alltägliche Verhindern von Zwangsräumungen ohne die Nutzung von Telegram oder Facebook undenkbar wäre, sie geschieht aber auch beim angeblich von den traditionellen Massenmedien abhängigen Podemos-Projekt. Die Parteigründer Iglesias, Errejón oder Monedero machen sich ab 2010 durch die in Selbstregie geführten TV-Talkshows *La Tuerka* und *Fort Apache* performativ zu den Experten in politischer Kommunikation, als die sie später auftreten.

Parallel dazu entsteht nach 2011 ein »neues mediales Ökosystem« mit »progressiven Zügen«, das mit der etablierten Medienlandschaft konkurriert (Rius 2018: 211ff.). Im Untersuchungszeitraum werden renommierte Nachrichtendienste wie *eldiario.es*, *ctxt.es*, *El Salto* oder *elcritic.cat* gegründet, das Blatt *Público* als Onlinemedium relanciert oder das Blatt *La Marea* gegründet.¹² Sie alle sind um einen explizit kritischen Journalismus bemüht. »Ohne Information gibt es keine Freiheit. Ohne kritischen Sinn gibt es keine Demokratie. Es schlägt die Zeit eines neuen Journalismus«, so lautet etwa 2014 der Gründungslogan von *elcritic.cat*. Hiermit knüpft das junge Journalistenteam unverhohlen an den Aufbruchgeist der Empörtenproteste an. Tatsächlich unterscheidet sich die Berichterstattung der neuen Medien wesentlich von denen der etablierten. Die Sensibilität gegenüber der sozialen Frage ist dort weit ausgeprägter, auch die (oft offen sympathische) Berichterstattung über die neuen Linksparteien fällt viel stärker aus (vgl. Labio/Pineda 2016). Diese neuen Nachrichtenportale *verdichten* den Empörungsdiskurs. In der beschleunigten Abfolge von Berichterstattung, Kolumnen und Interviews wird eine zuvor nur lose gekoppelte Sinnordnung zu einem kohärenten und stabilen Diskurs.

Diese kursorischen Bemerkungen zur räumlichen Verstetigung und zur medialen Infrastruktur unterstreichen, dass die Gegenhegemonie, die 2011 entsteht, sedimentiert. Am Ende des Untersuchungszeitraumes ist eine neue Kultur geboren. Hunderttausende Spanierinnen bewegen sich in dem, was sich präziser als *Gegenkultur der Empörung* bezeichnen ließe. Diese Gegenkultur geht einerseits auf kritische Distanz zur Kultur der Transition samt deren Symbole, Praktiken und Institutionen, während sie andererseits präfigurativ eine alternative Ordnung instituiert. Der populäre Bruch lässt sich daher als ein ereignishafter, doch nicht ereignisbeschränkter Prozess definieren. Unbestreitbar markieren die Platzbesetzungen im Frühjahr 2011 den mächtigen Startschuss einer neuen Gegenhegemonie. Doch diese gewinnt ihre Stärke erst dadurch, dass sie die Institution der Versammlung reaktiviert. Die *Asambleas* weisen auf die Tradition der Demokratisierungsbewegungen in Spanien zurück, führen aber gleichzeitig über ihre historischen Vorbilder hinaus. Das Fehlen einer vereinheitlichenden Kultur – wie sie paradigmatisch bei der Arbeiterbewegung bestand –, zwingt die Gegenhegemonie der Empörung dazu, die Versammlung zu ihrem *strukturellen* Merkmal zu machen. Die Indignados machen die *Asamblea* zu ihrer Kultur. Das Sich-Versammeln ist Praxis, welche die Protestierenden trotz ihrer Heterogenität in einem gemeinsamen Raum als Gleiche verbindet. Zudem zeigt die Versammlung normativ auf, wie die Kultur der Transition im Hier und Jetzt durch eine radikaldemokratische Existenzweise überwunden werden könnte.

12 Mittlerweile (2021) gehören *eldiario.es* und *Público* zu den fünf größten spanischen Nachrichtenportalen.

Warum diese Gegenkultur der Empörung minoritär bleibt, warum der »Bewegungskrieg« (Gramsci), den Podemos und die linken Wählerplattformen in den politischen Institutionen und die Empörtenversammlungen in der Zivilgesellschaft führen, letztlich scheitert, darauf geht gleich das zweite Teil dieses Resümées ein. Hier ist nur zu betonen: Die Tatsache, dass Podemos und Co. so schnell so weit kommen, ist bereits ein mächtiges Symptom dafür, in welchem Ausmaß sich Spanien im hier analysierten Zeitraum von kaum fünf Jahren verändert.

Der parteipolitische Linkspopulismus reartikuliert den Empörungsdiskurs, er stützt sich auf untergründige, oft nur schwach antagonistisch aufgeladenen Verschiebungen, die Spaniens Gesellschaft seit 2011 kennzeichnen. Der »molekulare, äußerst feine Prozess«, der einen »Kollektivwillen mit einem gewissen Grad an Homogenität« hervorbringt, sah Gramsci noch als ein langwieriges, über Jahrzehnte sich erstreckendes Geschehen. Das Beispiel Spanien zeigt, dass die Entstehung einer Gegenhegemonie weit beschleunigter ausfallen kann. Ab 2011 vollzieht sich ein politisches Ereignis historischen Ausmaßes. In wenigen Jahren hat sich eine der fünf großen Volkswirtschaften der EU grundsätzlich gewandelt. Die politische Kultur, das politische System und die Zivilgesellschaft weisen 2016 eine andere Struktur auf als ein halbes Jahrzehnt zuvor. Dass später Podemos und Co. wieder schrumpfen und sich teils sogar auflösen, macht gleichwohl darauf aufmerksam, dass die tradierte Vorherrschaft der Kultur der Transition weniger prekär ist, als der hier analysierte Mobilisierungszyklus streckenweise glauben gemacht hat. Sozialer Wandel braucht selbst im 21. Jahrhundert vor allem eines: Zeit. Beschleunigte Veränderungen werden flankiert von langsameren kulturellen Verschiebungen, Subjektivierungsprozessen und neuen Institutionen. Weder stand Spanien im Jahr 2011 vor der Revolution noch steht das Land eine Dekade später vor einer absoluten Restauration der alten Ordnung. Die Gegenhegemonie der Empörung hat ihren expansiven Charakter verloren, sie besteht aber fort. Tausende Versammlungen, Praktiken des Commoning und der alternativen Mediennutzung halten den Entwurf einer demokratischen, egalitären und solidarischen Gesellschaft als gelebte Kultur aufrecht. Das Veränderungspotential dieser Kultur hat sich 2016 und in den Folgejahren nicht erschöpft, es entfaltet sich weiter.

2 Die Reaktivierung der Kultur der Transition

Die über Jahrzehnte sedimentierte Ordnung, die Kultur der Transition, gegen die sich die Proteste wenden, löst sich nicht plötzlich auf, sie erfährt aber beschleunigte Verschiebungen. Der Nachvollzug dieser Verschiebungen *dezentriert* eine idealisierende Binnensicht der Indignados und gestattet eine kursorische Gesamteinschätzung davon, wie sich die spanische Gesellschaft im Jahrzehnt nach 2011 verändert. Ein knapper Blick »von außen« soll anreißen, wie Spanien in den Jahren nach den Platzbesetzungen des Frühlings 2011 ein anderes Land wird. Wie geht der soziale Wandel in die tradierte Ordnung ein? Wie wird er von ihr konfrontiert – und wie vermengt er sich mit ihr? Im Folgenden möchte ich kursorisch über die drei Bewegungen der staatlichen Gewalt (Kap. VII.2.a), der rechtspopulistischen Neutralisierung (Kap. VII.2.b) und der progressiven Integration (Kap. VII.2.c) eine grobe Intuition dafür schaffen, wie sich ab 2011 die Kul-